

2. Antrag gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates von Roland A. Huber und Esther Kuhn vom 3. Dezember 2014 "Gesamtkonzept Thurgauer Mittelschulen" (12/AN 8/318)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Ich eröffne die Diskussion. Das Wort haben zuerst die Antragsteller.

Huber, BDP: Die Antragsteller bedanken sich beim Regierungsrat und der Amtsleitung des Amtes für Mittel- und Hochschulen (AMH) sowie der Rektorenkonferenz der Thurgauer Mittelschulen für die ausführliche Antwort und für die positive Haltung, die unserem Antrag entgegengebracht wurde. Wir schätzen das offene Eingeständnis des Regierungsrates in seiner Antwort sehr. Dort heisst es: "Ein gedrucktes Gesamtkonzept Mittelschulen liegt bislang nicht vor." Ein mittel- bis langfristig ausgerichtetes Strategiekonzept wird Auskunft über die künftige Ausrichtung unserer Mittelschulen geben. Angesichts der Aussage des Regierungsrates unter Punkt 4 scheint diese strategische Ausrichtung gar nicht so klein zu sein. Es heisst dort zum Bestreben der Rektorenkonferenz: "Ihr Bestreben besteht darin, den Qualitäts- und Leistungsabbau für die Schülerinnen und Schüler möglichst gering zu halten." Wo bleibt die Ausformulierung von Visionen, Entwicklungspotenzialen und Zielsetzungen? Das von uns beantragte Gesamtkonzept bezweckt die langfristige Sicherstellung eines breiten und qualitativ guten Mittelschulangebotes, flächendeckend für alle Regionen unseres Kantons. Ein strategisches Gesamtkonzept berücksichtigt die gegenwärtigen und voraussehbaren gesellschaftlichen Entwicklungen unter Einbezug des demographischen Wandels. Ein strategisch ausgerichtetes Gesamtkonzept wird Wege aufzeigen, wie sich unser Bildungssystem der Sekundarstufe II hinsichtlich der aktuellen und kommenden arbeitsmarktrelevanten Veränderungen auf die Anforderungen der Hochschulen ausrichten soll, unter Einbezug neuer Erkenntnisse für das Lehren und Lernen. In einem strategisch ausgerichtetem Gesamtkonzept ist umrissen, in welchen Freiräumen sich die Mittelschulen mittel- bis langfristig entwickeln können und entwickeln sollen. Das Konzept bringt für die an den Mittelschulen tätigen Lehrpersonen eine gewisse Stabilität in ihre Arbeitsplatzsituation sowie in ihre Laufbahnplanung. Die Schaffung eines mittel- bis langfristig ausgelegten Strategiepapiers für die Thurgauer Mittelschulen entspricht nicht im Geringsten einer Weichenstellung zur Steigerung der Maturitätsquote. Ein Strategiekonzept kann jedoch dazu beitragen, dass diese Quote nicht noch weiter sinkt. Meines Erachtens ist es faktisch unbestritten, dass wir auch in Zukunft Berufsleute brauchen, die ihr Metier von der Pike auf erlernt haben. Ich bin davon überzeugt, dass es immer wieder Schülerinnen und Schüler geben wird, welche nach der Sekundarstufe den Weg über die Berufslehre wählen. Wir brauchen in unserem Kanton ebenso schulische Angebote auf lange Frist hin, die junge Menschen nut-

zen können, damit sie dereinst nach ihrem Hochschulstudium als Ingenieure, Informatiker, Mathematiker, Physiker, Theologen oder Mediziner, ja vielleicht auch als Musiker, tätig sein können, was letztlich wiederum in mehrfacher Hinsicht unserem Thurgau zugutekäme. Damit sich unsere Mittelschulen langfristig weiterentwickeln und sich auf dem Markt aller schulischen Angebote behaupten können, auch im Sinne eines Standortmarketings, braucht es strategisch konzeptionelle Vorgaben. Ich zitiere noch einmal aus der schriftlichen Antwort des Regierungsrates: "Es ist sinnvoll, auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts die mittelfristig strategische Ausrichtung der thurgauischen Mittelschulangebote zu steuern." Nur mit einem Gesamtkonzept, das von diesem Rat in Auftrag gegeben wird, ist die verbindliche Ausgangslage geschaffen, dass für alle Mittelschulen unseres Kantons eine im Grundsatz einheitliche Strategie ausgearbeitet wird. Ein Strategiepapier, das nicht nur die Fortsetzung der begonnenen Strategiediskussionen garantiert, sondern die mittel- bis langfristige Weiterentwicklung der Mittelschulen entscheidend prägt und trägt. Ich bitte Sie, den Antrag erheblich zu erklären.

Aerne, SVP: Die Antragsteller beantragen, den Regierungsrat mit einem Gesamtkonzept zu beauftragen, in welchem die Schwerpunkte und Ausrichtungen der Thurgauer Mittelschulen definiert werden. Dieses soll einerseits als Orientierungshilfe dienen und andererseits die Qualitätssicherung des Mittelschulangebotes sicherstellen. Der Antrag greift ein Anliegen auf, welches beim zuständigen Departement teilweise bereits in Bearbeitung ist. Eine Mehrheit der SVP-Fraktion unterstützt das Anliegen und begrüsst die begonnene Strategiediskussion zu den Thurgauer Mittelschulen. Wir sind auf das Ergebnis gespannt.

Günter, EDU/EVP: Die Mittelschulen im Kanton sind über Jahrzehnte gewachsen. Vieles ist in Bewegung, und Bildung ist ein Markt. Deshalb macht es wirklich Sinn, dass der Kanton mit einem Konzept die zukünftige Entwicklung steuert und die Rahmenbedingungen setzen kann. Damit wurde im Departement bereits begonnen. Die Antragsteller rennen mit ihrem Anliegen offene Türen ein. Hätte sich dieser Antrag auch mit einer Nachfrage erledigen lassen? Die EDU/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag aus sachpolitischen Gründen.

Vietze, FDP: Ich danke für den Antrag und die Beantwortung. Ich gebe zu, dass ich anfangs von der Empfehlung des Regierungsrates überrascht war, den Antrag erheblich zu erklären, und ich habe mich gespannt in die Thematik vertieft. Mir war nicht sofort klar, worin der Nutzen eines solchen Konzeptes bestehen soll. Zu Ihrer Information möchte ich anmerken, dass ich Mitglied des Beirates der Kantonsschule Frauenfeld bin und mich das Anliegen gerade auch aus dieser individuellen Perspektive neugierig gemacht hat. Worum geht es denn eigentlich beziehungsweise was ist das Ziel eines solchen Konzeptes? Geht es eher um ein Korsett für die einzelnen Mittelschulen oder um eine Organisa-

tionsentwicklung zur Bündelung der Stärken für eine gemeinsame Marschrichtung, einen gemeinsamen starken Auftritt? Für mich kommt nur die Organisationsentwicklung in Frage: Eine Stärkung des gemeinsamen Auftrittes unter Beibehaltung einer regional individuellen Profilierung der einzelnen Schulen. Dabei ist es wichtig, die Gesamtperspektive im Auge zu behalten. 1. Unser bildungspolitisches Ziel muss es sein, unseren Schülern diejenige Ausbildung zu ermöglichen, die ihren Begabungen am besten entspricht; und dies auf qualitativ hohem Niveau. Wenn dies wirklich erreicht werden kann, könnte sich wohl durchaus so ganz nebenbei auch die Maturaquote erhöhen. 2. Auf Veränderungen in der Bildungslandschaft oder auch in der Gesellschaft muss flexibel reagiert werden können. 3. Wir brauchen starke Mittelschulen, a priori für unsere Schüler, aber auch für unsere Standortattraktivität und für die Nachfrage am Markt. Damit unsere Schulen ein qualitativ gutes Angebot gewährleisten können, brauchen sie eine gewisse Mindestgrösse, und sie müssen in ihrer Entwicklung beweglich bleiben. Deshalb kann ein Korsett nicht das Ziel sein, sondern die Organisationsentwicklung muss im Fokus stehen. Dabei geht es auch um die Verteilung von Entscheidungskompetenzen auf die richtige Flughöhe. Die Klärung, welche Rahmenbedingungen der Regierungsrat festlegen muss, welche Entscheide auf Stufe AMH angesiedelt sind und welche individuell von jeder Schule selbst gefällt werden können, ist entscheidend. Die genannten Ziele können nur gemeinsam erreicht werden. Und dies unter Berücksichtigung der Schnittstellen zur Berufsbildung und den Hochschulen, aber auch zur vorgelagerten Oberstufe, sprich Sekundarschule. Das ist meines Erachtens besonders wichtig. Hier ist eine verstärkte Zusammenarbeit sehr wichtig: Ein Abbau von Vorurteilen, Bedürfnisse müssen kommuniziert und die Schüler optimal auf die Weichenstellung ihres weiteren Weges vorbereitet werden. So darf es beispielsweise nicht sein, dass sich die Schüler in der angebotenen Berufsberatung am kantonalen Berufsinformationszentrum nur zu nicht akademischen Berufen informieren dürfen, wie dies in der Praxis offenbar bei einigen Klassen vorgekommen ist. Wir wollen den Schülern jene Ausbildung ermöglichen, die ihren Begabungen am besten entspricht. Dazu ist die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes eine echte Chance. Die bereits begonnene Entwicklung auf Stufe Rektorenkonferenz unter der Leitung des AMH erscheint uns sinnvoll. Wenn dieses Ziel der begabungsgerechten Ausbildung wirklich erreicht werden kann, erhöht sich wohl auch die Maturaquote. Es ist nicht davon auszugehen, dass wir eine andere Verteilung der Begabung haben als in anderen Kantonen. Es geht der FDP nicht um die Quote an sich, sondern um einen optimalen Einsatz der Fähigkeiten. Auch hier ist ein Miteinander gefragt, kein Kampf um Talente. Den Nutzen eines Gesamtkonzeptes sehen wir darin, auf der einen Seite einen gemeinsamen Weg zu stärken, andererseits Freiheiten im individuellen Bereich zu erhöhen, damit die Schulen flexibel und schnell auf Veränderungen reagieren können. Gemeinsame Bereiche können beispielsweise die Qualitätssicherung, aber auch Markenpositionierung, Zusammenarbeit mit den Schnittstellen Hochschule, Sekundarschulen oder dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sein. Kurz: Die Mittelschulen Thurgau als gemeinsa-

mer Auftritt. Die Freiheiten im individuellen Bereich könnte man beispielsweise dadurch fördern, indem die Stundentafeln durch den Regierungsrat jeweils für vier Jahre statt lediglich für ein Jahr festgelegt werden, dass die Wahl des Angebotes von Schwerpunkt und Ergänzungsfächern in die Verantwortung der einzelnen Schulen kommt oder dass Schulversuche in einem bestimmten Rahmen ohne Regierungsratsbeschluss durchgeführt werden können. Ein budgettechnischer Lösungsansatz wäre hier beispielsweise eine Schülerpauschale. Die FDP-Fraktion befürwortet ein Gesamtkonzept, das einen gemeinsamen Weg der Mittelschulen stärkt, ohne die Individualität der einzelnen Schulen einzuschränken. Wir sind einstimmig für Erheblicherklärung des Antrages.

Frei, CVP/GLP: Ich spreche für die CVP/GLP-Fraktion, welche mehrheitlich für Erheblicherklärung des Antrages ist. Die Erstellung eines Konzeptes für die Planung der Zukunft unserer Thurgauer Mittelschulen ist sehr sinnvoll, vor allem wenn es darum geht, Leerläufe zu vermeiden, keine unnötigen Kosten zu produzieren, man weiss, wo man steht und die Eltern eine Orientierungshilfe erhalten. Es geht um Koordination und um den gezielten Einsatz der Mittel. Die Eltern sollen wissen, was wo angeboten wird. Die Eltern müssen zusammen mit ihren Kindern entscheiden, wo diese allenfalls künftig weiter zur Schule gehen. Die Eltern kennen die Stärken und Schwächen ihrer Kinder am besten. Wir wollen optimale Bildungswege, keine Schulversager und keinen ineffizienten Einsatz der Mittel. Die Mittel sind nicht unbeschränkt vorhanden. Offensichtlich ist in dieser Richtung schon Einiges in Arbeit, da das Amt für Mittel- und Hochschulen zusammen mit der Rektorenkonferenz der Thurgauer Mittelschulen schon seit dem Jahr 2014 einen Prozess im Hinblick auf eine Mittelschulstrategie eingeleitet haben. Die Antragsteller haben offene Türen eingerannt. Man kann sich fragen, ob Erheblicherklärung überhaupt noch nötig ist. Als Hinterthurgauer und Mitglied der interkantonalen Begleitkommission der Kantonsschule Wil erlaube ich mir einige Bemerkungen. Meines Erachtens sind bei diesem Konzept auch die ausserkantonalen Kantonsschulen Wil und Schaffhausen zu berücksichtigen beziehungsweise deren Auswirkungen auf die Thurgauer Mittelschullandschaft. Diese beiden Schulen dürfen nicht vergessen werden, da sie für den Hinterthurgau und die Region Diessenhofen von grosser Wichtigkeit sind. Nur in Ergänzung mit diesen beiden benachbarten Kantonsschulen ist der Thurgau bezüglich Mittelschulen gut abgedeckt. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort geschrieben, dass ein Schulbesuch ohne grosse und lange Schulwege möglich sein soll. Es kann beim Konzept, das erarbeitet werden soll, nicht um eine Schwächung der ausserkantonalen Mittelschulen, sondern es muss um eine Stärkung der Thurgauer Kantonsschulen und um einen sinnvollen Einsatz der vorhandenen Mittel gehen. Ich habe diesbezüglich vollstes Vertrauen in unseren Regierungsrat. Unsere begabten Jugendlichen sollen gut und ihren Fähigkeiten entsprechend ausgebildet werden, wo auch immer dies geschieht.

Brägger, GP: Den vorliegenden Antrag zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes haben nur zehn Ratsmitglieder unterzeichnet. Trotzdem empfiehlt der Regierungsrat Erheblicherklärung. Dies scheint schon fast paradox zu sein. Liest man jedoch die Antwort des Regierungsrates, liegt die schon mehrmals bemühte Redewendung der offenen Türen nahe, welche die Vorstösser mit ihrem Anliegen offenbar einrennen. Der Regierungsrat schreibt, dass die heutige Thurgauer Mittelschullandschaft auf einer Reihe von Beschlüssen basiere, die der Grosse Rat und der Regierungsrat im Laufe der Jahre gefällt haben, quasi von Fall zu Fall. Es ist deshalb angezeigt, diese Beschlüsse in ein übergreifendes Konzeptpapier zusammenzufassen. Ausserdem anerkennt der Regierungsrat die Notwendigkeit, die ursprünglichen Grundsätze zu überprüfen und Anpassungen vorzunehmen. Der Antwort des Regierungsrates ist auch zu entnehmen, dass die Rektorenkonferenz der Thurgauer Mittelschulen unter der Leitung des AMH bereits an einer Mittelschulstrategie arbeitet. Es wäre unter anderem interessant zu wissen, wie der Auftrag des AMH lautet. Da würde ein Konzept eben mehr Transparenz und eine breitere Abstützung schaffen. In der Antwort zu Frage 4 beteuert der Regierungsrat, dass jede Mittelschule über ein Qualitätskonzept verfüge. Das ist zweifellos gut so. Es ist aber anzunehmen, dass jede Mittelschule über ein eigenes Qualitätskonzept verfügt, welches es selbst hat erstellen lassen und womöglich auch selbst finanziert hat. Falls dem so ist, kann davon ausgegangen werden, dass mit einem Gesamtkonzept Synergien geschaffen und Ressourcen gespart werden können. Ebenfalls in der Antwort zu Frage 4 ist mir der letzte Satz aufgefallen. Er lautet wie folgt: "Ihr Bestreben besteht darin, den Qualitäts- und Leistungsabbau für die Schülerinnen und Schüler möglichst gering zu halten." Es ist das Bestreben der Rektorenkonferenz gemeint. Ich wage, davon auszugehen, dass dies nicht das Kernbestreben der Rektorenkonferenz ist. Sollte dennoch die Gefahr eines Leistungsabbaus drohen, scheint mir die Erstellung eines Mittelschulkonzeptes umso dringlicher. Aus gut unterrichteter Quelle weiss ich, dass sich die Chefin des Departementes für Erziehung und Kultur zum Thema dahingehend geäussert hat, dass es ein Aufspringen auf einen rollenden Zug ohne Verletzungsrisiko sei. Wagen wir den Sprung. Namens der grossen Mehrheit der Grünen bitte ich Sie, den Antrag erheblich zu erklären.

Züst, SP: Im Namen der SP-Fraktion bedanke ich mich beim Regierungsrat für die Beantwortung des Antrages. Aus der Antwort ist ersichtlich, dass viele Schriftlichkeiten betreffend die Mittelschulen in unserem Kanton bestehen. Sie begleiten die Entwicklungen der Mittelschulen. Erarbeitet, diskutiert und entschieden wurden sie offenbar auf verschiedenen Ebenen. Sie haben deshalb wohl auch einen ungleichen Stellenwert, und sie sind unterschiedlich verpflichtend. Sicherlich würden alle Beteiligten sagen, dass die Schriftlichkeiten wichtig für die Entwicklung der Mittelschulen vor Ort seien. Das mag sein. Die Antworten auf die Fragen lassen jedoch offen, inwiefern die verschiedenen schriftlichen Grundlagen koordiniert und wie verbindlich sie ausserhalb der rechtlichen

Grundlagen tatsächlich sind. Aus der Beantwortung des Regierungsrates geht auch hervor, dass die Verantwortlichen des Amtes für Mittel- und Hochschulen Handlungsbedarf geortet haben. Sie befassen sich intern mit einer Mittelschulstrategie. Dies ist unseres Erachtens der richtige Weg, um Abstimmungen betreffend die Mittelschulen im Kanton vorzunehmen. Für die SP-Fraktion ist es notwendig, dass diese Arbeit nun weitergeführt wird und in einem Gesamtkonzept mündet. Dabei ist es uns ein Anliegen, dass die politischen Parteien einbezogen werden. Ebenso wichtig erscheint es uns, die Vertreter der Volksschule und weiteren Schulen auf Sekundarstufe II einzubinden, um die Mittelschulen strategisch, kantonal und regional sowie organisatorisch sinnvoll in die Zukunft zu führen. Die SP-Fraktion bittet, bei der Erarbeitung eines Konzeptes auch das Thema "Untergymnasium" zu berücksichtigen. Die Mittelschule ab der 6. Klasse käme nicht nur, aber vor allem den Knaben entgegen. Sie sind dannzumal noch eher für Schulisches zu begeistern. Während der Pubertät rücken andere Themen des Lebens in den Mittelpunkt. Dazu kommt, dass im Amt für Volksschule die Diskussion der Begabtenförderung auf der Sekundarstufe I geführt wird. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, diese Gedanken bei der Konzeptionierung einzubeziehen und gekoppelt zu klären. Nicht zuletzt zeigt diese Sachlage auf, dass die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes über die Ämter hinaus angegangen werden muss. Die SP-Fraktion unterstützt die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes und bitte Sie, den Antrag erheblich zu erklären.

Regierungsrätin **Knill**: Ich danke herzlich für die Diskussion. Wir werden Ihre geäussernten Wünsche im weiteren Verfahren dieses Strategieprozesses gerne prüfen. Bereits im Sommer 2014 hat das Amt für Mittel- und Hochschulen einen Strategieprozess vorbereitet mit dem Ziel, die Mittelschulstrategie dem Departement und anschliessend dem Regierungsrat vorzulegen. Der eigentliche Kick-off ist erfolgt. Die Arbeiten sind nach einem klassischen Strategieprozess bereits weit fortgeschritten. Das heisst, dass eine Vision erstellt und strategische Ziele definiert wurden. Es beginnt nun die Phase, wie man die strategischen Ziele auf die operative Ebene bringen kann. Ich habe es auch bereits gesagt, dass offene Türen eingermannt wurden. Deshalb hat sich der Regierungsrat nicht dagegen gewehrt, den Antrag erheblich zu erklären und dem Grossen Rat die entsprechenden Ergebnisse zu präsentieren. Die Fragen drehen sich inhaltlich um die Angebote, um die Inhalte und um die Organisationen der Mittelschulen. Diese sind im Strategieprozess zu klären. Die schweizweite Maturitätsreform liegt bereits einige Jahre zurück. Die Schulen, auch unsere Mittelschulen, haben sich in den letzten Jahren weiterentwickelt. Zur Erinnerung: 1995 wurde eine Reform zur Überarbeitung der gymnasialen Maturität im Rahmen der Evaluation der Maturitätsreform (EVAMAR 1) eingeleitet. Nach Auswertung der Ergebnisse wurde im Juni 2007 eine Korrektur bei den Maturitätsreglementen vorgenommen. Schweizweit wurden insbesondere die naturwissenschaftlichen Fächer gestärkt. Daraufhin hat der Kanton Thurgau reagiert. Wie Sie wissen, führen wir seit dem letzten Sommer die spezielle MINT-Klasse (Studienrichtungen Mathematik, In-

formatik, Naturwissenschaften und Technik) in Kreuzlingen. In den letzten Jahren wurden auch andere inhaltliche Änderungen eingeleitet. Nicht zuletzt darum, um den schweizweit anerkannten Ergebnissen Rechnung zu tragen. Auf Basis der Ergebnisse haben sich der Bund und die Kantone in ihrer Erklärung von 2011, in der es um die gemeinsamen bildungspolitischen Ziele für den Bildungsraum Schweiz geht, auf das Ziel geeinigt, den prüfungsfreien Zugang zur Universität mit gymnasialer Maturität langfristig zu sichern. Diesen Prozess muss man im Gespräch und im Konsens mit den Hochschulen in der Schweiz angehen. Der Prozess läuft. Derzeit sind auf schweizerischer Ebene fünf verschiedene Teilprojekte in Arbeit, bei denen vor allem die Erziehungsdirektoren-Konferenz mit ihren Organen, und namentlich die Schweizerische Mittelschulämterkonferenz, massgeblich mitbeteiligt sind. Was die Inhalte anbelangt, befinden wir uns nicht in einem luftleeren Raum. Wir haben den Auftrag, dass unseren Mittelschülerinnen und -schülern weiterhin der prüfungsfreie Zugang zu den Hochschulen erhalten bleiben kann. Wir haben unseren eingeleiteten Strategieprozess auch unter diesen Ergebnissen zu berücksichtigen. Ich kann Ihnen versichern, dass wir den Strategieprozess auch ohne den vorliegenden Antrag durchführen würden. Die entsprechende Verbindlichkeit wurde seitens des Antragstellers in Frage gestellt. Ich kann auch hier versichern, dass wir es so oder so machen, egal, wie der Grosse Rat entscheidet. Selbstverständlich sind die Auswirkungen auf unsere beiden benachbarten Mittelschulen in Wil und Schaffhausen in den gesamten Prozess mit einzubeziehen. Die Begabungs- und Begabtenförderung ist ein Projekt, welches sich seit dem Start über alle Bildungsstufen erstreckt. Die Federführung ist beim Amt für Mittel- und Hochschulen angesiedelt. Alle drei Bildungsämter, das Amt für Volksschule, das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sowie das Amt für Mittel- und Hochschulen, haben im Auftrag meines Departementes bereits vor einiger Zeit den Prozess einer koordinierten Begabungs- und Begabtenförderung eingeleitet: Allen Bedürfnissen ist Rechnung zu tragen. Der Fokus soll nicht nur auf die eine oder andere Ausbildungsmöglichkeit gesetzt werden.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Der Antrag wird mit grosser Mehrheit erheblich erklärt.

Präsident: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des verlangten Konzeptes zuhanden des Grossen Rates.